

Die Kirchen und die AfD

Vor der Landtagswahl in Sachsen-Anhalt

Gerhard Feige

Am 6. September wird der sachsen-anhaltische Landtag gewählt. Manche Umfragen verorten die AfD derzeit bei über 40 Prozent und mit großem Abstand vor der CDU und anderen Parteien. Gerhard Feige, seit 2005 Bischof von Magdeburg, stammt gebürtig aus Halle (Saale). Er ist Vorsitzender der Ökumenekommission in der Deutschen Bischofskonferenz und war von 2014 bis 2023 Mitglied im Päpstlichen Rat zur Förderung der Einheit der Christen. Bischof Feige ruft dazu auf, verantwortungsvoll und gewissenhaft zu wählen. Die AfD ist mit den Grundwerten unserer Gesellschaft unvereinbar.

Angesichts der im September 2026 anstehenden Wahlen zu den Landtagen in Sachsen-Anhalt und in Mecklenburg-Vorpommern sowie zum Abgeordnetenhaus in Berlin richtet sich die öffentliche Aufmerksamkeit sehr stark auf die Umfragen und Stimmungsbarometer zum Stand der Parteien in der Gunst der Bevölkerung. Dabei fällt Sachsen-Anhalt besonders auf, wo die AfD momentan (Stand: Mai 2026) auf über 40 Prozent kommt, die CDU mit rund 25 und die Linke mit 12–13 Prozent folgen, während SPD mit 6 Prozent knapp oberhalb, FDP, Grüne und BSW indes unter der Fünf-Prozent-Hürde bleiben. Erstmals könnte die AfD sogar die absolute Mehrheit erreichen und damit eine Alleinregierung bilden. Auf jeden Fall strebt sie dies an und hat bei ihrem Parteitag in Magdeburg am 11. und 12. April 2026 bereits ein mögliches Regierungsprogramm beschlossen.

Schon seit längerem ist der AfD-Landesverband Sachsen-Anhalt als gesichert rechtsextremistisch eingestuft. Zudem haben seine Vertreter keinerlei Beißhemmungen gegenüber den Kirchen, beschimpfen sie, machen sie lächerlich und setzen sie unter Druck. Das war nicht immer so, hat im Laufe der Jahre aber zugenommen. Bei ihrer Gründung 2013 startete die AfD auf Bundesebene

noch als Euro- und EU-kritische wirtschaftsliberale Partei, radikalisierte sich aber immer mehr. Dabei nutzte sie wie keine andere Partei die sich entwickelnde Polykrise aus, um sich kulturkämpferisch und autoritär zu profilieren und Wut auf das „Establishment“ zu schüren. Das Ausscheiden führender Spitzenpolitiker aus der Partei – der Sturz Bernd Luckes 2015, die Abwahl Frauke Petrys 2017 und der Austritt Jörg Meuthens 2020 – markierten die ersten bedeutsamen Kurswechsel. 2022 galt die Partei bereits aus der Sicht des Bundesamtes für Verfassungsschutz als rechtsextremistischer Verdachtsfall. Das Fass zum Überlaufen brachte aber dann ein konspiratives Treffen AfD-angehörender oder -gesinnter Akteure, Politiker und Unternehmer im November 2023 in Potsdam, bei dem es wesentlich um „Remigration“ als Kampfbegriff und Euphemismus der Neuen Rechten für Vertreibung und Deportation ging. Die Berichterstattung des Correctiv-Forschernetzwerks darüber im Januar 2024 löste damals bundesweite Massenproteste aus. Zugleich standen in diesem Jahr Landtagswahlen in Brandenburg, Sachsen und Thüringen bevor.

Schon 2017 war es auf Bitten und Anregung der Bevollmächtigten der katholischen Bischöfe gegenüber den Bundesländern Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen zu einer Studie gekommen, die die Grundpositionen der Partei „Alternative für Deutschland“ mit der Katholischen Soziallehre verglichen hat. Diese wurde federführend verantwortet durch Professorin Dr. Marianne Heimbach-Steins und das Institut für Christliche Sozialwissenschaften der Universität Münster sowie Professor Dr. Alexander Filipović vom Zentrum für Ethik der Medien und der digitalen Gesellschaft an der Hochschule für Philosophie in München. Sie beruhte auf der Analyse des Grundsatzprogramms, des Wahlprogramms für die Bundestagswahl 2017 sowie auf der Untersuchung ausgewählter Reden von Parteifunktionären und der Facebook-Nutzung der AfD. Im Ergebnis zeigte sich bereits damals: „Die AfD definiert ihre Programmatik über Feindbilder und Krisen und verweigert die Auseinandersetzung mit großen Zukunftsfragen, ohne zukunftstaugliche Lösungen anzubieten. Die AfD möchte eine ‚deutsche Identität‘ sichern, ohne konkret zu sagen, was ihr an Deutschland eigentlich wichtig ist.“ Sie „steht für eine zutiefst unchristliche, ethno-nationale Bevölkerungspolitik, ... im Spannungsverhältnis mit der Religionsfreiheit, ... beruft sich auf die Soziale Marktwirtschaft, steht aber in ihren wirtschafts- und sozialpolitischen Positionen nicht klar dafür ein, ... nutzt populistische Kommunikationsstrategien, ... intensiv die Sozialen Medien als Teil“ davon und „behauptet für sich einen Alleinvertretungsanspruch für den ‚Mut zur Wahrheit‘.“

Mit diesen Erkenntnissen und angesichts der sich zuspitzenden Herausforderungen Anfang des Jahres 2024 sahen sich die nord-ostdeutschen Bischöfe zu einem gemeinsamen Wort unter dem Titel „Eintreten für die Demokratie“ veranlasst, das am 19. Januar veröffentlicht wurde. „Demokratische Prozesse und Institutionen“ – heißt es darin zunächst – „werden angezweifelt und verächtlich gemacht. Populistische, rechtsextremistische und antisemitische Positionen werden zunehmend salonfähig. Misstrauen, Hass und Hetze treiben die Gesellschaft auseinander.“ Eindringlich folgt die Bitte: „Treten Sie ein für unsere freie und vielfältige Gesellschaftsordnung auf der Grundlage unserer Verfassung!“ „Kruide Ausweisungsfantasien“ hingegen „für Migranten und ihre Unterstützer, die Ablehnung von Schutzangeboten für Geflüchtete, die Ausgrenzung von Menschen mit Behinderung, der alleinige Fokus auf Leistungsfähigkeit, die Leugnung des menschengemachten Klimawandels und die pauschale Verächtlichmachung von politischen Akteuren und Institutionen sind mit“ den „Grundwerten unserer Gesellschaft unvereinbar.“

Erstmals bringen die betreffenden Bischöfe dann konkret zum Ausdruck, dass sie vor ihrem eigenen Gewissen „die Positionen extremer Parteien wie dem III. Weg, der Partei Heimat oder auch der AfD nicht akzeptieren können“, und bitten nachdrücklich: „Fragen Sie nach Begründungen für politische Positionen. Suchen Sie den kritischen Austausch. Bleiben Sie respektvoll im Umgang. Prüfen Sie bei Ihren Überlegungen die langfristigen Folgen für unser Zusammenleben für Ihre Familien und auch für Sie ganz persönlich. Wählen Sie verantwortungsvoll.“

„Völkischer Nationalismus und Christentum sind unvereinbar.“

Einen Monat später setzte sich die gesamte Deutsche Bischofskonferenz bei ihrer Vollversammlung in Augsburg in einem Studientag auch mit der Entwicklung der AfD, ihrer Strategie und Taktik sowie den gesellschaftlichen, politischen und rechtlichen Arenen des Konfliktes auseinander. Dabei stellten sowohl Professor Dr. Wolfgang Schroeder vom Lehrstuhl für Politisches System der BRD an der Universität Kassel aus wissenschaftlicher Sicht als auch der Leiter des Katholischen Büros Erfurt, Dr. Claudio Kullmann, aufgrund seiner parlamentarischen Erfahrungen mit Abgeordneten dieser Partei ihre Erkenntnisse vor. Letztendlich verabschiedeten die Bischöfe dann in erstaunlicher Einstimmigkeit am 22. Februar 2024 die Erklärung „Völkischer Nationalismus und Christentum sind unvereinbar“. Der großen Herausforderungen unserer Zeit durchaus bewusst, warnen sie

vor jeglichen Lösungsversuchen extremistischer Art, wobei sie darunter gegenwärtig im „Rechtsextremismus die größte Bedrohung ... für unser Land und für Europa“ sehen. Er behauptete nämlich „die Existenz von Völkern, die angeblich in ihrem ‚Wesen‘ und in den kulturellen Lebensgestalten scharf von den anderen Völkern abgegrenzt werden können ... Das Volk ist für diese Ideologie eine Abstammungs-, letztlich eine Blutsgemeinschaft. Das Zusammenleben von Menschen unterschiedlicher Herkunft, religiöser Zugehörigkeit und kultureller Prägung wird von diesem Denken deshalb prinzipiell infrage gestellt, wenn nicht gar verworfen. Das Volk wird als ‚Ethnos‘ gedacht, als Gemeinschaft der ethnisch und kulturell Gleichen oder Ähnlichen. Das ist die Ideologie des völkischen Nationalismus. Nach den Gräueln des Nationalsozialismus versteht unser Grundgesetz das Volk hingegen als ‚Demos‘, d. h. als Gemeinschaft der Gleichberechtigten, die auf der Grundlage der Menschen- und Bürgerrechte unsere Gesellschaft gemeinsam aufbauen und gestalten.“ „Rechtsextremistische Gesinnungen und Konzepte“ – so heißt es weiter – „zielen fundamental auf Ab- und Ausgrenzungen. In diesem radikalisierten Denken wird die gleiche Würde aller Menschen entweder gelehnt oder relativiert und somit zu einem für das politische Handeln irrelevanten Konzept erklärt. Für die Kirche aber ist klar: Jeder Mensch besitzt eine unantastbare und unverfügbare Würde. Sie gründet in der Gottebenbildlichkeit aller Menschen und ist die Basis der Menschenrechte.“ Hingewiesen wird in der Erklärung auch darauf, dass mit der „Konzentration auf das kulturell homogen gedachte eigene Volk ... notwendig ...“ eine „Verengung des Solidaritätsprinzips, das in der katholischen Soziallehre zentrale Bedeutung hat und eine Leitidee der deutschen Verfassung darstellt,“ einhergehe. Alle anderen sollen, auch wenn sie in Deutschland leben, „weniger Rechte und ... soziale Teilhabe genießen“. Das gelte „für Schutzsuchende, die man generell nicht mehr ins Land lassen will“ wie „für die Bedürftigen andernorts. Entwicklungszusammenarbeit mit armen Ländern“ würde „deshalb ebenso abgelehnt wie die Unterstützung von Staaten, die – wie die Ukraine – angegriffen werden und um ihr Überleben ringen“. Dagegen – so wird betont – habe der „Begriff des Gemeinwohls für die Kirche stets einen universalen Horizont,“ tritt sie „für multilaterale Zusammenarbeit und Solidarität ein – auf der Ebene der Europäischen Union ebenso wie weltweit“. Als markantes Beispiel völkisch-nationalistischer Gesinnung wird namentlich dann die AfD genannt, die zwischen „einem echten Rechtsextremismus“ und einem „weniger radikal und grundsätzlich“ daherkommenden „Rechtspopulismus“ changiere. Mit aller Klarheit sagen wir Bischöfe schließlich, dass derartige Ideologien „mit dem christlichen Gottes- und Menschenbild unvereinbar“ sind und appellieren

auch „an jene, die unseren Glauben nicht teilen“, solche Auffassungen zurückzuweisen. Das bedeute für die Kirche aber nicht, dass sie sich dem Dialog mit jenen Menschen entzieht, die anderer Meinung, „aber gesprächswillig sind“.

Kirchenfeindliche Reaktionen

Einen Tag darauf schon – am 23. Februar 2024 – reagierte die AfD in Sachsen-Anhalt mit einer Pressemitteilung, verfasst von Dr. Hans-Thomas Tillschneider, dem Sprecher der AfD-Landtagsfraktion für Religionspolitik, in der es, ohne nur irgendwie auf die inhaltliche Argumentation der Bischöfe einzugehen, heißt: „Die Bischöfe tun gut daran, sich auf ihr Kerngeschäft – die Verkündung des Evangeliums – zu konzentrieren, anstatt sich in die Parteipolitik einzumischen. Die katholische Kirche hat in Deutschland mittlerweile mehr mit der Grünen Partei gemeinsam als mit der *ecclesia catholica sacra*, von der die Kirchenväter sprechen. Deshalb laufen ihr die Gläubigen weg, und das ist gut so. Diese katholische Kirche ist eine dem Weltlichen komplett verfallene, zutiefst gottferne Institution. Die Sünde geht dort im Schein der Frömmigkeit einher. Wahrer Glaube an Jesus Christus ist mit einem Engagement in der AfD als einer toleranten und religionsfreundlichen Partei selbstverständlich vereinbar. Mit der Mitgliedschaft in dieser Regenbogenkirche ist wahrer Glaube an Jesus Christus nicht mehr vereinbar. Deshalb ruft die AfD-Fraktion alle wahrhaften Katholiken auf, zur Errettung ihres Glaubens aus dieser katholischen Kirche auszutreten. Wahrer Glaube braucht diese Kirche nicht!“ Einen Monat später – am 25. März 2024 – wird auch der Evangelischen Kirche in einer Pressemitteilung der AfD-Landtagsfraktion unterstellt, zu einer zweiten grünen Partei verkommen und intolerant zu sein, und deshalb empfohlen, „alle Christus-Darstellungen in den Kirchen durch Stalin-Bilder mit Regenbogenhintergrund ersetzen zu lassen“. Und wieder einen Monat später – am 22. April 2024 – wird behauptet, „dass die Politik der AfD dem Menschenbild und den Kernbotschaften der Bibel nähersteht als die antichristliche Regenbogenpolitik, die das Markenzeichen aller Altparteien ist. Gerade auf dem wichtigen Lebensfeld der Familie, der Geschlechtlichkeit und der Sexualität repräsentiert die AfD als einzige Partei überhaupt noch christliche Werte. Die AfD ist hier sogar christlicher als die Kirche selbst, deren Verfallenheit an den perversen Regenbogenkult nichts mehr mit christlichen Botschaften zu tun hat. Die AfD hält den beiden großen Kirchen den Spiegel vor, und deshalb reagieren sie mit solcher Wut. Es ist die Wut des Widersachers.“ Am 22. August 2024 verstieg sich jener Hans-Thomas Tillschneider bei einer Rede im Magdeburger Landtag sogar

zu dem leidenschaftlich vorgetragenen Vergleich, die AfD-Mitglieder seien „die Drachentöter im Weltkampf zwischen den Mächten des Lebens und des Todes“, während die Vertreter der katholischen Kirche „vom Bösen besessen“ seien, und beendete seinen polemischen Beitrag mit den Worten: „Gott ist mit uns! Gott ist mit der AfD!“ Fast monatlich folgten weitere Pressemitteilungen der AfD-Landtagsfraktion in einem derart unsachlichen, aggressiven und kirchenfeindlichen Stil. Dazu gehört auch die Reaktion vom 24. September 2025 auf ein erneutes Abraten von Bischof Georg Bätzing, die AfD zu wählen, in der es heißt: „Diese Äußerung zeigt erneut, dass nicht nur die evangelische Kirche, sondern auch die katholische Kirche den Glauben an Gott, ohne den keine nationale Renaissance gelingt, nicht wiederbeleben kann. Wer die klare Trennung zwischen Wahrheit und Irrtum, Licht und Dunkelheit, Rechtleitung und Irreführung als Spaltung kritisiert, ist kein Apostel Jesu Christi, sondern ist vom Teufel geschickt.“

Nicht weniger zynisch reagierte Hans-Thomas Tillschneider mit einer Pressemitteilung am 16. April 2026 auf die gemeinsame Stellungnahme der führenden Kirchenvertreter in Sachsen-Anhalt, Landesbischof Friedrich Kramer, Kirchenpräsident Karsten Wolkenhauer und Bischof Gerhard Feige, zu dem am 11. April 2026 beschlossenen Regierungsprogramm des AfD-Landesverbands. Die Bischöfe hatten zum Ausdruck gebracht, dass es mit dem christlichen Menschenbild nicht vereinbar sei. Zudem stehe es – so betonten sie – für eine Abkehr von bisher selbstverständlichen Freiheitsrechten in nahezu allen gesellschaftlichen Bereichen: „Menschenwürde, Freiheit und Solidarität finden in diesem Gesellschaftsentwurf keine Heimat. Der Freiheit der individuellen Lebensgestaltung steht ein Rückgriff auf traditionalistisch-patriarchalische Rollenbilder gegenüber. Staatliche Denkvorgaben ersetzen die Wissenschaftsfreiheit. Religionsfreiheit wird nach politischer Zweckmäßigkeit bemessen. Eine völkisch-nationalistische Sicht verengt Kunst und Kultur. Statt Wandel mit Zuversicht zu gestalten wird Angst vor Veränderung geschürt. Statt auf ein solidarisches Miteinander wird auf Polarisierung und Ausgrenzung gesetzt. Der Rechtsstaat wird verächtlich gemacht, anstatt Vertrauen in Institutionen zu stärken.“ Demgegenüber lautete die Entgegnung wörtlich: „Die Kritik der Kirchensteuerkirchen an unserem Regierungsprogramm besteht in einem einzigen Schwall von Phrasen, wie sie auch für die Altparteien typisch sind, mehr nicht. Die Kirchenoberen mögen doch bitte nachweisen, was genau sie unter ‚Menschenwürde‘ oder ‚Freiheitsrechten‘ verstehen und inwiefern unsere Forderungen dem entgegenstehen sollen. Die Phrase ‚Angst vor Veränderung‘ wird von den Altparteien verwendet, um den Widerstand der Bürger gegen ihre Reformen, die in Wahrheit immer Verschlechterungen

sind, zu psychologisieren und so zu entkräften. Der Widerstand wird nicht mehr sachlich ernst genommen, sondern als Ausdruck einer Angst abgetan. Es ist sehr enttäuschend, dass Personen, die sich selbst als Geistliche ausgeben, ein solch schäbiges Spiel mitspielen. Die im Einklang mit dem Missionsbefehl stehende Bejahung von Volk und Nation wird als ‚völkisch-nationalistische Sicht‘ abqualifiziert, was nicht mehr ist als eine Art Igitt-Äußerung. Von jemandem, der ein Theologiestudium hinter sich gebracht hat, sollte man mehr erwarten können als solche intellektuell erbärmlichen Verlautbarungen. Besonders enttäuschend aber ist, dass die Kirchensteuerkirchen auch auf das wohlfeile Patriarchats-Bashing mit einsteigen. Gerade die christlichen Kirchen sollten erkennen, dass unsere gesellschaftliche Krise wesentlich damit zu tun hat, dass uns die stabilisierende Figur des guten Vaters abhandengekommen ist. Gerade Christen, die Abraham, Isaak und Jakob als Patriarchen verehren, sollten zum Patriarchat mehr zu sagen haben. Die alte Kirche war in Patriarchate organisiert, die in den orthodoxen Kirchen, aber auch im Papsttum, weiterleben. Unsere Vorstellung von Gott selbst ist in einem Vater-Sohn-Verhältnis fundiert. Wie anders als mit satanischer Eingebung soll man es sich erklären, dass Kirchenobere abfällig über ‚patriarchalische Rollenbilder‘ sprechen? Indem die Kirchen die Phraseologie der Altparteien in all ihrer Oberflächlichkeit und Seinsvergessenheit übernehmen, bestärken sie genau jene Haltung, die zum Schwund des Glaubens geführt hat. Der Herr möge ihnen Augen und Herzen öffnen und sie auf den rechten Weg zurückführen!“

Identitäres Kulturchristentum

Warum arbeitet sich die AfD in Sachsen-Anhalt wie kein anderer Landesverband eigentlich so heftig an den Kirchen ab, diffamiert sie pauschal als Komplizen der „Altparteiendiktatur“ und der „Queer-Transgender-Regenbogenideologie“ und setzt dabei sogar auf abstruse biblizistische Klimmzüge, zählen sich in diesem Bundesland doch nur 3 Prozent zur katholischen und 11 Prozent zur evangelischen Kirche? Sicher geht es nicht um eine außerkirchliche Evangelisierung der ostdeutschen Bürgerinnen und Bürger, wohl aber um eine kulturkämpferische Ansage an fast alle Bereiche der Gesellschaft: Erziehung und Bildung, Kunst und Kultur, Forschung und Lehre, Justiz und Medien, Gesundheits- und Sozialwesen, Migration und Integration, Weltanschauung und Religion, Tradition und Innovation, Freiheit und Toleranz, Solidarität und Barmherzigkeit, Anstand und Respekt. Dabei erscheint es zweckmäßig, die Kirchen in einen Topf mit dem bisherigen „Establishment“ zu werfen, vielleicht mit der Berechnung, in einer zu über

80 Prozent konfessions- und religionsfreien Bevölkerung das Desinteresse bzw. die Abneigung ihnen gegenüber noch zu verschärfen. Im Blick dürften aber auch Christen und Christinnen traditionalistischer oder rechtskonservativer Gesinnung aus verschiedenen Milieus sein, die sich eher zu einem „identitären Kulturchristentum“ hingezogen fühlen als zum wichtigsten Gebot der Gottes- und Nächstenliebe, beispielsweise konkretisiert durch die Prinzipien der Katholischen Soziallehre, und die für Themen wie Abtreibung, Homosexualität, Gender oder Familie emotional besonders ansprechbar sind. Süffisant hält die AfD darum den Kirchen undifferenziert und wahrheitswidrig vor, generell von den bislang dazu klassischen Vorstellungen abgefallen zu sein. Demgegenüber ist zu bemerken, dass es der AfD zum Beispiel in ihrem Umgang mit der Abtreibungsproblematik nicht – wie aus katholischer Sicht – um die einzigartige Würde eines jeden Menschen von Anfang an und ein gottgefälliges Miteinander geht, sondern darum, das eigentlich Beabsichtigte – und das ist die vermeintlich nötige Regenerierung des deutschen Volkes – nur christlich zu verbrämen. So hat die gleiche Beatrix von Storch, die immer wieder beim Marsch für das Leben gegen Abtreibung in vorderster Linie mitläuft, 2015 makabrerweise gefordert, gegebenenfalls auf Flüchtlinge zu schießen. Nach christlichem Verständnis ist Lebensschutz aber unteilbar, von der Empfängnis bis zum Tod, also auch für die große Spanne dazwischen. Dass auch ein gewisser Prozentsatz von Katholiken und Katholikinnen der AfD nahesteht und sie wählt, widerlegt nicht, dass deren Programmatik mit den christlichen Werten unvereinbar ist, sondern spiegelt nur wider, wie unterschiedlich inzwischen auch formal einer Kirche angehörende Mitglieder gesinnt sein können. Darunter sind auch Personen und Kreise, die wahrscheinlich nie in ihrem Leben die Botschaft des Evangeliums wirklich verinnerlicht oder aber jahrzehntelang auf Gehorsam gegenüber Papst und Bischöfen gepocht haben, nunmehr jedoch meinen, selbst darüber zu befinden, welchen Interessen sie ihre Überzeugung anpassen. Außer solchen taktischen Erwägungen ist natürlich auch die Person Hans-Thomas Tillschneider für diese Agitation und Propaganda von Bedeutung, der 1978 in Rumänien geboren und in Baden-Württemberg aufgewachsen ist, über den Islam promoviert und habilitiert hat und als einer dessen größter Hasser gilt, konfessionslos sein soll und als rechts-extremer „Weltanschauungsfundamentalist“ angesehen wird. Er zeichnet für die Pressemitteilungen der Landtagsfraktion und hat wohl ebenso federführend das mögliche Regierungsprogramm der AfD in Sachsen-Anhalt zu verantworten. Aber auch Ulrich Siegmund, der Spitzenkandidat, Jahrgang 1990, ehemals katholisch, 2017 ausgetreten, von den Medien als „smarter Schwiegermutter-Typ“ charakterisiert, vertritt diese Linie, jedoch nicht so übertrieben und skandalös.

Schließlich stellt sich noch die Frage, wie es dazu kommt, dass die Zustimmung zur AfD in Sachsen-Anhalt und in ganz Ostdeutschland besonders groß zu sein scheint. Sicher spielen da historisch bedingt gewisse Prägungen durch die autoritäre und kollektivistische DDR-Diktatur, die das ganze Leben geregelt hat, eine Rolle. Das führt zu überzogenen Erwartungen an den (demokratischen) Staat, die er gar nicht erfüllen kann. Zwar wollten fast alle ein besseres Leben, aber nicht unbedingt eine freiheitliche Demokratie, denn Selbstgestaltung ist mühevoll und anstrengend. Das ist die Vorgeschichte. Dann kam die Wende: dramatische Transformations-erfahrungen und die andauernde Ungleichheit in vielen Bereichen. Schließlich folgten noch die Finanz- und die Coronakrise, die Zuwanderung vieler Flüchtlinge und die Herausforderungen der Migration sowie der Ukraine-Krieg. Viele Leute gehen von einem allgemeinen Versagen der Politik aus, kritisieren Parteiengetzeter. Außerdem ist eine zunehmende Verrohung der Gesellschaft durch Propagandakampagnen und Soziale Medien festzustellen. Unsagbares wird auf einmal sagbar. Ängste und Misstrauen werden geschürt. Außerdem setzen Geschichtsvergessenheit und Vergangenheitsverklärung ein. Dazu gehört auch eine so ungeheuerliche Bezeichnung wie die der DDR als „gemütliche Diktatur“. Es ist aber auch ein internationaler Trend. Da bildet sich eine Sammlungsbewegung rechtskonservativer und nationalistischer, extremistischer und rassistischer Gruppierungen. Vorher traten diese Gruppen vereinzelt auf, jetzt vernetzt sich alles. Auch die weiter voranschreitende Säkularisierung in Sachsen-Anhalt ist nicht außer Acht zu lassen. Sicher besteht ein gewisser Grundanstand fort, aber typisch christliche Haltungen, Prinzipien und Werte dürften wahrscheinlich immer weniger verstanden werden und keine so entscheidende Rolle mehr spielen. Zusammenfassend: Es gibt spezifisch ostdeutsche Gründe, aber auch solche, die überall gelten. Deshalb täuscht es auch, wenn nach der letzten Bundestagswahl auf Landkarten ein blauer Osten und ein schwarzer Westen zu sehen war. Quantitativ kamen 70 Prozent der AfD-Wähler aus dem Westen und 30 Prozent aus dem Osten. Schon lange ist die AfD ein ernstzunehmendes gesamtdeutsches Problem. Abgesehen von Co-Chef Tino Chrupalla haben die meisten führenden AfD-Politiker eine westdeutsche Sozialisation, auch ostdeutsche Landespolitiker wie Björn Höcke und Hans-Thomas Tillschneider. Zudem neigen prozentual überall weniger Ältere als Jüngere dazu, extrem zu wählen, rechts oder links.

Ängste und Misstrauen werden geschürt.

Konstruktiv einmischen

Aufgrund all dessen sehen sich die Kirchen in Sachsen-Anhalt veranlasst, nicht unpolitisch zu sein bzw. sein zu können. Christlicher Glaube ist nicht nur zur eigenen Erbauung und persönlichen Vergewisserung gedacht; er tröstet nicht nur in den Unvollkommenheiten des Lebens und hat den Himmel im Blick, sondern drängt und ermutigt auch, sich tatkräftig für bessere Verhältnisse einzusetzen. Demgegenüber waren und sind totalitäre und autoritäre Systeme bestrebt, solche Aktivitäten einzuschränken, Kirchen zu instrumentalisieren oder völlig mundtot zu machen. Unter den Nationalsozialisten wurden christliche Schulen geschlossen und Verbände aufgelöst. Und im Kommunismus war es erklärtes Ziel, jegliche Religion zum Absterben zu bringen. Das Christentum sollte höchstens noch als private Gefühlsangelegenheit im stillen Kämmerlein dahinvegetieren dürfen. Und das war nicht nur eine Wunschvorstellung, sondern wurde oftmals brutal durchgesetzt. Sonderbarerweise versuchen auch heutzutage manche Gruppierungen, Religion, wenn diese sich gegenüber bestimmten Entwicklungen als zu kritisch erweist, wieder ins Abseits zu drängen.

Das aber hindert uns nicht, dem Evangelium gemäß öffentlich Position zu beziehen und uns weiterhin konstruktiv einzumischen. In diesem Sinn haben wir als katholische Kirche im Bistum Magdeburg auch unsere Initiative „Bewusst wählen“ gestartet und dazu aufgerufen, die anstehende Landtagswahl in Sachsen-Anhalt sehr ernst zu nehmen, sich mit den Parteiprogrammen und deren Folgen für sich selbst und die ganze Gesellschaft zu befassen, darüber ins Gespräch zu kommen und schließlich nicht destruktiven Stimmungen zu folgen und aus dem Bauch heraus „ins Blaue hinein“ zu wählen, sondern sich der Verantwortung vor Gott und den Menschen bewusst zu sein und eine gewissenhafte Entscheidung zu treffen. Damit wollen wir inmitten der umfangreichen und vielschichtigen Probleme unserer Zeit ein ermutigendes Zeichen der Hoffnung setzen. Wir sind dankbar, uns dabei mit vielen anderen Bürgerinnen und Bürgern aus der gesamten Gesellschaft verbunden zu wissen. ✚